

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

1.5.1931 (No. 101)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Wegzugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Jahresbericht des badischen Gewerbe- aufsichtsamtes

Der Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes ist erschienen. In einer Zeit, in welcher von der wirtschaftlichen Lage alles abhängt, kann er ein Barometer der tatsächlichen Verhältnisse in der Industrie sein; er ist es! Gleich eingangs sagt der Bericht, daß das Schwerkern des Arbeitsgebietes des Gewerbeaufsichtsamtes im Jahre 1930 in der Behandlung von

Stilllegungsanzeigen

und der Fragen, die sich mit dem Rückgang der Wirtschaft befaßten, lag. Mehr als je zuvor völlige Betriebsstilllegungen, ja gänzliche Betriebsabbrüche. Im ganzen waren an 900 Stilllegungsanzeigen zu behandeln, gegenüber etwa 250 im Jahre 1929. Der Bericht sagt hierzu:

„Besonders in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres häuften sich die Stilllegungsanzeigen bei fast allen Gewerbegruppen. Die Maschinenindustrie hat in allen ihren Zweigen gelitten. Sie hat den Verlust besonders großer und bedeutender Betriebe zu beklagen. Die Schmutzwarenindustrie hat in diesem Jahre auch während ihrer Saisonmonate nicht mehr durchweg voll arbeiten können. In den vorhergehenden Jahren waren die arbeitslosen Schmutzwarenarbeiter wenigstens in den Monaten September bis Dezember zum größten Teil in Arbeit zu bringen gewesen. Dieses Jahr gelang es nicht mehr. Sehr schwer hat die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes gelitten. Größere Betriebe kamen zur vollständigen Stilllegung ohne Aussicht auf Wiedereröffnung. Das Holzgewerbe hat ein schlechtes Jahr hinter sich. Wir haben mehrere völlige Stilllegungen darin zu verzeichnen. Ebenso in der Lederindustrie. In der Textilindustrie war von einschneidender Wirkung eine durch Zusammenlegung bedingte Stilllegung mehrerer Färbetriebe einer großen Textilfirma des Oberlandes, da es sich dabei um Färbetriebe in rein ländlichen Schwarzwalddörfern handelte, wo andere Erwerbsmöglichkeiten gänzlich fehlten. Erst vor einigen Jahren waren sie eingerichtet worden. Jetzt wurden mehrere hundert Arbeiter erwerbslos und daneben noch solche Gemeinden unmittelbar besonders betroffen, die zur Heranziehung dieser Industrie in neuerbauten Fabrikgebäuden Geld investiert hatten. Eine Wiederbenutzung dieser Gebäude durch andere, etwa heranzuziehende Industrie ist vorläufig aussichtslos. Besonders schwierig wirkte sich die Stilllegung in der Tabakindustrie aus.“

Dabei ist zu beachten, daß die ersten vier Monate des Jahres 1931 natürlich weitere Stilllegungsanzeigen brachten, welche die Wirtschaft Badens in erheblichem Maße beeinträchtigen. Was ist dagegen zu tun? In guter sozialpolitischer Erkenntnis weist der Bericht hin auf die

40-Stunden-Woche

und gibt einige wertvolle, aus der Praxis entnommene Beispiele für verschiedene Betriebsarten. So konnte zum Beispiel eine Fabrik mit einem Arbeiterstand von 300 Arbeitern durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Schichten eine Anzahl Arbeiter mehr einstellen, ohne daß sie im Gesamtlöhnto die wesentlich belastet wurde. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß nicht jeder Betrieb — schon aus technischen Gründen — die gleiche Einrichtung ebenso durchführen kann. Anderen weiteren Beispiele entnimmt man, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche zweifellos eine Entlastung des Arbeitsmarktes bewirken könnte, wenn man daraus allein auch keineswegs eine Lösung des Arbeitslosenproblems erhoffen darf. Die allgemeine Stille in der Wirtschaft fand auch in den

Tarifvertragsabschlüssen

ihren Niederschlag. Sie standen meist unter dem Zeichen des Lohnabbaues, der teilweise eine Stimmung erzeugt hat, die dem Abschluß von Tarifverträgen überhaupt ungünstig ist. „Man verzeihe dabei nicht“, — sagt der Bericht —, „daß ein Tarifvertrag nicht nur eine Lohnordnung schafft, sondern auch eine vertragliche Regelung eines Kulturzustandes bedeutet. Zur Ergänzung von tarifvertraglichen Bestimmungen tritt wieder mehr als früher die Arbeitsordnung in den Vordergrund. Eine klare Niederlegung von Arbeitsbedingungen liegt im Interesse aller Beteiligten und trägt nicht zuletzt zur Verminderung von Streitigkeiten im Betriebe bei.“

Die Streiks

60 Betriebe wurden 1930 von Streiks betroffen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage beläuft sich bei 16 500 Ausständigen auf etwa 45 700. Aussperrungen waren bei 2 Betrieben zu verzeichnen. Die Höchstzahl der Aussperrten betrug 1200. Auf dem Gebiete der

Arbeiterbeschäftigungen

macht die Durchführung des Nachtarbeitsbotes immer noch Schwierigkeiten. Über 150 Firmen mußten wegen Zuwiderhandlung gegen dieses eine Gefes bestraft werden. Die Höhen der Strafen wird nach dem Bericht wieder als zu gering erachtet.

Die Arbeiterinnen

Hierzu sagt der Bericht: „Das durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufene Streben nach Befreiung der sogenannten Doppelverdiener übte naturgemäß die größte Wirkung auf die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen aus. Soweit es sich nicht um ausgesprochene Frauenberufe handelt, sind vielfach Arbeiterinnen dazu übergegangen, ihre weiblichen Arbeitnehmern, in deren Familie Mitglieder im Erwerbseben standen, durch männliche Arbeitskräfte zu ersetzen. — Den wenigen Son-

Letzte Nachrichten

Der 1. Mai in Berlin

Die sozialdemokratische Kundgebung

W.B. Berlin, 1. Mai. (Tel.) Der Polizeipräsident von Berlin hat drei große Paraden genehmigt: Die Zentralkundgebung der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes um 10 Uhr im Lustgarten, um 11 Uhr eine Sonderveranstaltung der Sozialdemokratischen Partei Spandau und um 16 Uhr eine ebenfalls im Lustgarten stattfindende Kundgebung der Kommunistischen Partei.

Zu der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei hatten sich deren Mitglieder und Anhänger bereits gegen 8 Uhr morgens an 22 verschiedenen Sammelplätzen versammelt, um geschlossen nach dem Lustgarten zu marschieren. Gegen 10 Uhr war der Lustgarten so überfüllt, daß die noch folgenden Züge die umliegenden Straßen anfüllten. Reichstagsabg. Künstler eröffnete die Kundgebung. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gau Berlin, Bredow, wies auf die kommenden Kämpfe hin, die die Arbeiterklasse zu führen habe, um den Angriff des Kapitals gegen die sozialen Einrichtungen abzuwehren. Zu der Frage der Arbeitszeit bemerkte der Redner, daß man heute der 40-Stunden- bzw. 45-Stunden-Woche weit näher sei, als 1889 dem Achtstundentag.

Die Polizei, die für den heutigen Tag auf erhöhte Alarmstufe gesetzt ist, verließ einen erheblich verstärkten Straßenaufwachtendienst, um Störungen des An- und Abmarsches zu verhüten. Mit einem Hoch auf die Internationale schloß die Kundgebung, die ganz ungeheure Massen im Lustgarten vereinigte, gegen 11 Uhr.

Die Sonderveranstaltung der Sozialdemokratischen Partei in Spandau, die circa 45 Minuten dauerte, fand am Rathausvorplatz statt und verlief ebenfalls unter großer Beteiligung und ohne Störungen.

Gegen die Zollunion

Der französische Gegenplan

W.B. Paris, 1. Mai. (Tel.) „Petit Parisien“ bestätigt, daß der französische Gegenplan gegen den deutsch-österreichischen Zollunionsplan nunmehr im wesentlichen fertiggestellt sei. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs in den interessierten Hauptstädten Mittel- und Osteuropas seien angewiesen worden, den Inhalt dieses „konstruktiven Planes“ für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit“ den betr. Regierungen auseinanderzusetzen und deren Gutachten eingeholen. Diese Auslegung werde eine Angleichung der verschiedenen Gesichtspunkte und die definitive Abfassung des Planes ermöglichen.

Zu der Meldung eines Genfer Blattes, daß das Kontrollkomitee der Garantieschleier der österreichischen Völkerverbände am 29. April 1931 einberufen worden sei, wird aus Genf mitgeteilt, daß diese Meldung nicht bestätigt werden könne.

Bländerungen in Barcelona

W.B. Barcelona, 1. Mai. (Tel.) Etwa Hundert Erwerbslose veranstalteten gestern eine Kundgebung, in deren Verlauf die Demonstrierenden in mehrere Läden eindrangen und sich zu Pländerungen hinreißen ließen. Die Polizei griff ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Festgenommenen erklärten, sie würden diese Ausschreitungen wiederholen.

Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterinnen, denen noch heute besondere Bedeutung zugemessen ist, wurde im Laufe des Berichtsjahres allgemein Rechnung getragen.

Weitere in sich geschlossene Abschnitte befaßten sich mit der

Aufsicht über die Angestellten

im Handel und im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. Erfreulich ist die Feststellung, daß auch in Angestelltenkreisen das Verständnis für die Gewerbeaufsicht mehr und mehr zunehmen beginnt. Betriebsvertretungen seien im Handel in weit geringerem Maße anzutreffen, als in den Produktionsbetrieben. Die Behörde sah sich auch in zahlreichen Fällen veranlaßt, zur Wahl einer Betriebsvertretung aufzufordern, um so den Angestellten den gesetzlichen Schutz bei Kündigungen zu sichern. Über die Folgen des Zusammenschlusses zweier Großbanken und über die Hilfsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Angestellten läßt sich der Bericht länger aus.

Aus Sparamtsrückichten hat sich der Bericht in diesem Jahr mit einer geringeren Seitenzahl als sonst begnügt. Dabei hat man jedoch nicht vergessen, wieder einige Sonderabhandlungen, und zwar über den Feuerschutz in Betrieben, über die Ernährung und Verpflegung von Arbeitern bei durchgehender Arbeitszeit, sowie über die Anlage von Barackenlagern im Großhandels- und Großvertriebsgewerbe einzuschalten.

Der große Abschnitt über die Unfallgefahren ist wie in den vorigen Jahren eingehend durchgearbeitet. Eine Wiedergabe dieses schon aus wirtschaftlichen Gründen wichtigen Teiles könnte nur sehr unvollständig werden. Es sei deshalb auf den Text des Berichtes selbst verwiesen. Beachtung verdienen jedoch unter den sonstigen Abteilungen des Berichtes noch die von dem Amt herausgegebenen Gefahrenblätter, die ihrer Zahl nach erweitert wurden. Diese haben auch schon außerhalb Badens großen Anklang gefunden und sind zweifellos geeignet, eine Rucke in den Unfallverhütungsbestrebungen auszulösen.

Dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes ist noch der des badischen Bergamts angefügt.

Wirtschaftliche Umschau

Der Reichsbankpräsident an das Ausland und das Inland Badens Bodenschätze — Erdöl und Kohle

Der Reichsbankpräsident hat in der Generalversammlung der Reichsbank in bemerkenswerten Ausführungen, die vor allem als ein Appell an das Ausland anzusehen sind, die deutsche Wirtschaftskrise und die sie verschärfenden Ursachen, die Reparationstribune und die Weltwirtschaftskrise, behandelt. Diese Ausführungen sind, wenn sie auch uns Deutschen nichts neues sagen, so präzis, einleuchtend und klar, daß die Welt an ihnen nicht vorübergehen kann.

Deutschland, durch die inneren und äußeren Kriegslasten aufs äußerste geschwächt, ist allein zur notdürftigen Sicherung der Existenz seiner Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung seines Produktionsapparates auf fortdauernde Kapitalzufüsse von auswärts angewiesen, die nun stoden. Deutschland ist dadurch gezwungen, seine Ausfuhr, ohne Rücksicht auf Verdienst, um jeden Preis zu steigern und zugleich die Einfuhr zu drosseln. Daraus muß sich eine weitere Störung des Warenverkehrs auf den Weltmärkten ergeben (die natürlich auch das neutrale Ausland trifft, das sich mit seinen Klagen über die deutsche Zollpolitik deshalb an die Reparationsgläubiger wenden mag), dabei sind die Reparationszahlungen infolge des Fehlens der Goldklausel im Youngabkommen effektiv um etwa ein Fünftel gewachsen, da sich inzwischen das Niveau der Weltzins um so viel gesenkt hat. Die heutige Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in Deutschland enthüllt die durch die nun vertieften Kapitalzufüsse aus dem Ausland bisher verdeckte Lage. Die Reparationszahlungen waren nur durch diese Kapitalzufüsse möglich, und nun bestreiten sich die unehört gebliebenen Hinweise der deutschen Vertreter bei den Pariser Verhandlungen, daß der unaufrichtige Druck der Siegerstaaten immer neue politische und wirtschaftliche Erschütterungen verursachen werde.

Im übrigen wies der Reichsbankpräsident darauf hin, daß es der Reichsbank nach den Herbstwahlen und den darauf einsehenden Kreditkündigungen des Auslands und den Kapitalfluchtercheinungen erneut gelingen sei, den Beweis zu liefern, daß alle Befürchtungen wegen der Stabilität der Reichsmark durchaus grundlos sind. Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten klangen dann in eine deutliche innerpolitische Mahnung aus. Mit den Worten, daß der Reformwille der Reichsregierung und die feste Finanzgründung der angekündigten Maßnahmen allmählich die Voraussetzungen für eine wirksame Bankpolitik besserten, fordert er als unbedingte Grundbedingung für die Stabilisierung der Währung die Fortsetzung der Sanierung der deutschen Finanzen.

Badens Bodenschätze an Brennstoffen galten bisher als sehr gering. Trotzdem ist es möglich, daß hierin eines Tages eine Änderung eintritt. Es spricht vielerlei dafür, daß der Boden Badens (ähnlich wie der des benachbarten Elsaß) beträchtliche Erdölmengen enthält, die freilich erst gesucht werden müßten. Daß hier, abgesehen von den großen Kosten, erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, weil bei uns erdölhaltige Schichten wahrscheinlich erst in großen Tiefen anzutreffen sein werden, zeigt uns die bisherige Ergebnislosigkeit der Bohrungen in der Bruchfaler Gegend. Da nun aber der Kalibergraben der Erdölfrage großes Interesse zuwendet, und es sich gezeigt hat, daß in Hannover Erdöl immer in der Nähe und in Thüringen direkt unter Kali- und Salzlagern vorkommt, bestehen zweifellos auch in Baden Aussichten, einmal fündig zu werden. Im Kalibergebiet des südlichen Elsaß wendet man der Angelegenheit jedenfalls starkes Augenmerk zu, und da gerade der Burbach-Kali-Konzern, dem ja auch unsere badischen Kaligruben zugehören, in Thüringen die bekannten Erfolge hatte, ist es möglich, daß man auch in Baden sich die Vorteile zunutze macht, die sich bei Erdölbohrungen unter Kali daraus ergeben, daß diese Bohrungen unter Ersparnis der Schachtiefe (Buggingen 800 Meter) vom Grunde des Bergwerkes aus vorgenommen werden können.

Auch das einzige Kohlenvorkommen in Baden (im Kinzigtal, zwischen Offenburg und Gengenbach), es handelt sich um beste Steinkohle, die in Süddeutschland bekanntlich nirgends außer in der Saarpolz gewonnen wird — soll aufs neue auf seine Abbaumöglichkeit untersucht werden, nachdem der bisherige, sehr primitive Betrieb vor

einigen Jahren eingestellt worden war. Die Meinung, daß man zu abbaubaren Flözen gelangen könne, stützt sich darauf, daß bisher hauptsächlich im Verwerfungsgebiet am Rand der Rheintalente gegraben wurde, und daß man in der Ebene, wo möglicherweise die Flöze ungeförter lagern, bisher nur 50 Meter tief kam, während es an der Ruhr Gruben gibt, die bis 1200 Meter gehen. Eine Düsseldorf-Firma hat nun den Bau eines Versuchsschachtes bis 200 Meter Tiefe vorgeschlagen, und auch die Offenburger Handelskammer hat sich für weitere Nachforschungen, eventuell unter Zuhilfenahme von Mitteln der Reichswehrhilfe, ausgesprochen.

Der Einwand, daß sowohl in Erdöl wie in Kohle auf dem Weltmarkt das Angebot einer gewaltigen Überproduktion liegt, darf nicht zur Unterlassung der Nachforschungen nach badischen Bodenschätzen führen. Einmal läge Baden außerordentlich fruchtbar für so wichtige Absatzgebiete wie Süddeutschland und die Schweiz, die Kohle und Erdöl bisher von weiter abgelegenen Produktionsstätten beziehen müssen, wie z. B. gerade die Bedeutung der badischen Kaligruben, trotz der großen Kalischätze des deutschen Nordens, vor allem auf ihrer fruchtbarsten Lage beruht. Zum anderen liegt außerdem aus Gründen der Zahlungsbilanz die Ausbeutung auch der badischen Bodenschätze im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft, ebenso wie unter französischer Nachbar seine Erdölvorkommen im eigenen Land unter Anwendung sehr erheblicher Mittel ausbaut. Deutschlands Mineralölimport hat einen Wert von 429 Mill. Reichsmark im Jahr, seine Eigenproduktion macht vielleicht den zehnten Teil davon aus. Gelingt es, sie zu verstärken — auch die Kunstfaserzeugung — dann bleiben immer größere Kapitalien der einheimischen Volkswirtschaft erhalten. Etwas anders als bei Erdöl liegen die Dinge gewiß bei Kohle, weil hier in Deutschland selbst Überproduktion zu verzeichnen ist. Aber das war auch seinerzeit bei Kali der Fall, und trotzdem erfolgte mit Recht der Ausbau der badischen Gruben.

Abgesehen von den günstigen Abzahnmöglichkeiten nach der nahen Schweiz, die jährlich 3 bis 4 Mill. Tonnen Kohle importiert, und auch dem übrigen Süddeutschland würde — erweist sich das Bergbaubereich Vorkommen als abbaubar — eine neue Kohlebasis für die badische Industrie entstehen und so eine weitere natürliche und gesunde Vorbedingung für deren Ausbau geschaffen.

Kommen freilich heimische Bodenschätze unter ausländische Kontrolle, so kann das ihre Ausbeutung zugunsten der deutschen Wirtschaft von vornherein illusorisch machen. Dies ist z. B. teilweise bei den Hannoverischen Erdölvorkommen der Fall, ihre Produktionsfähigkeit wird nicht voll ausgenutzt, was angesichts der Überproduktion in Amerika offenbar im Interesse der amerikanischen Öltrusts liegt. Auch die Herstellung synthetischen Öls hat die großen Erwartungen nicht erfüllt, die man für die deutsche Volkswirtschaft aus dieser deutschen Erfindung glaubte ableiten zu können. Die F. G. Farben arbeitet nun selbst mit den Amerikanern zusammen und ihre Patente werden nur in beschränktem Umfang in Leuna zur Gewinnung von Öl aus deutscher Kohle angewendet, dienen dafür aber nun dazu, Benzin aus Kohöl in viel wirtschaftlicherer Weise zu gewinnen als das mit dem bisherigen sog. Krackverfahren möglich war. Wenigstens kommen aber die Gebühren für die Lizenzen, zu deren Vergabe kürzlich zwei große internationale Gesellschaften gegründet wurden, hoffentlich der deutschen Zahlungsbilanz zugute — wenn es auch zu denken geben mag, daß der Sitz einer dieser Gesellschaften der kleine Hauptort Viechtachens, Baduz, geworden ist. Während der Farbentrust aus der Kohlenverflüssigung so Nutzen zu ziehen versteht, hat die deutsche Montanindustrie einen Fehlschlag erlitten. Ihr Verfahren hat sich als zwar durchführbar, aber als unwirtschaftlich erwiesen, und die für diesen Zweck gegründete Aktiengesellschaft für Steinkohlenverflüssigung und Steinkohlenveredlung in Duisburg, hat ihre Versuchsanlagen stilllegen müssen, nachdem fast das ganze Kapital verloren ist.

Das Ergebnis des Volksbegehrens in Preußen

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben von den 26 988 215 Stimmberechtigten in Preußen nach den vorläufigen und unverbindlichen Mitteilungen der Behörden sich 5 950 929 Stimmberechtigten in die Listen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ eingetragen.

Das endgültige und amtliche Ergebnis kann erst festgestellt werden, wenn die Eintragungslisten, die sich jetzt noch in den Händen des Trägers des Volksbegehrens, des Stahlhelm, befinden, dem Landeswahlprüfungsausschuss zugeleitet und nachgeprüft sind.

Der Ältestenrat des Reichstages ist zum 6. Mai einberufen worden, um zu der Frage einer Zwischentagung des Reichstages Stellung zu nehmen, für die bisher nur ein kommunikativer Antrag vorliegt.

Der preussische Landtag beschloß die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses gegen Mißstände im öffentlichen Wohnungsbaugeschäft.

Am 1. Mai-Feiertag mehr in Braunschweig. Im Braunschweigischen Landtag wurde am Donnerstag der Gesetzentwurf über die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats April auf 137,2 gegenüber 137,7 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,4 Proz.

Eine Geschäftsführerin des Deutschen Volksbundes in Polen, der Bezirksvereinigung Königsbrunn, Fel. Ernst, wurde zu einer Festungshaft von 1 Jahr 2 Monaten verurteilt. Das Urteil wurde bestätigt.

Die Erhöhung der Agrarzölle Brotverbilligung durch Zollrückvergütungen bei Weizen

Bei den nun beendeten Beratungen des Reichskabinetts wurde die Erhöhung einer Reihe von Agrarzöllen beschlossen. Darüber wird mitgeteilt:

Der Zoll für lebende Schweine wird, zunächst mit Wirkung bis 1. November d. J., auf 40 M für den Doppelzentner festgesetzt. Für die Folgezeit bleibt die Entschärfung des Kabinetts vorbehalten. Sie wird sich nach der weiteren Entwicklung des Schweinemarktes zu richten haben. Diese Erhöhung des Zolles für lebende Schweine geht in der Linie der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Danach war eine Zollrückvergütung davon abhängig gemacht, daß der Marktpreis von 70 M unterstrichen wurde. Diese Voraussetzung ist durch das Abgleiten der Schweinepreise auf etwa 45 M gegeben.

Der Fleischzoll ist im bisherigen Verhältnis zum Viehzoll festgesetzt worden.

Für Oker wird der Zoll auf 16 M für den Doppelzentner erhöht.

Für den für die landwirtschaftliche Produktionsumstellung unentbehrlichen Leguminosenbau sind die erforderlichen Zollrückvergütungen vorgekommen, und zwar für Speiserbsen auf 20 M, für Futtererbsen und Bohnen auf 8 M, für ungeerntete Linen auf 6 M und für gereinigte auf 8 M. Für Futterbohnen, Lupinen und Widen wird der Zoll auf 5 M bemessen.

Für Gänse tritt in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März eine Erhöhung des Zolles auf 2,10 M für das Stück oder 86 M für den Doppelzentner ein.

Die Zwischenzölle für Speck und Schmalz werden aufgehoben; der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Maßnahme wird noch bestimmt werden.

Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion, die nachdrücklich gefördert werden muß, zumal sie weit überwiegend auf den mittleren und kleineren bäuerlichen Betrieben beruht und für die Existenzgrundlage dieser Betriebe und der Landarbeiter entscheidend ist.

Gleichzeitig wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen, um einer dem Verbraucher nach dem Gesetz vom 28. März 1931 widerstrebenden Preisentwicklung vorzubeugen. Er wird Sorge tragen, daß die Länderegierungen darüber wachen, daß die Handelspreise auch in den Gemeinden gesenkt werden, in denen im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine Senkung der Handelspreise noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt ist. Bei Fleisch wird dies am leichtesten sein, als die Erhöhung der Zölle für Speck und Schmalz hierfür günstigere Voraussetzungen hat.

Weiter wird alles geschehen, um eine ungerechtfertigte Heraushebung des Brotpreises zu verhindern oder rückgängig zu machen. Es ist eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die es ermöglichen werden, auf den Marktpreis zu einwirken, daß er eine sichere Grundlage für die entsprechende Berechnung des Brotpreises bieten wird. Auch ist vorgesehen, die Bestimmungen des Brotgesetzes aufzuheben, durch welche die Bewegungsfreiheit des Mühlen- und Bäckereigewerbes zum Nachteil der Brotpreisbildung eingegrenzt wird. Die Lage des Getreidemarktes bietet nunmehr die Möglichkeit hierzu.

Die Erleichterung der Weizenimporten, über die in dem antilichen Communiqué nichts ausgeführt ist, wird in der Form vorgenommen werden, daß von Zeit zu Zeit — wahrscheinlich in Abständen von etwa einem Monat — gewisse Einfuhrmengen festgesetzt werden, auf welche dann eine Zollrückvergütung gewährt wird. Bei Festlegung der Quantitäten und der Höhe der Rückvergütungen wird man sich von der Weltmarktsituation bzw. der innerdeutschen Versorgungslage leiten lassen. Praktisch erfolgt also keine generelle Zollermäßigung; die Zollrückvergütungen werden aller Voraussicht nach so bemessen werden, daß das Preisniveau in Deutschland keinen ungünstigen Einfluß auf die Preisgestaltung der neuen Weizenerteile ausübt. Die grundlegenden Bestimmungen hinsichtlich des Vermahlungszwanges bleiben unverändert in Kraft, bei der Quotenbemessung wird naturgemäß aber auch auf die Versorgungslage Rücksicht genommen werden.

Die Änderungen bezüglich der Einwirkung auf die Brotpreisgestaltung sind einmal mit der in Aussicht gestellten teilweisen Aufhebung des Brotgesetzes in Zusammenhang zu bringen, auf dessen Aufrechterhaltung die Landwirtschaft nach der nunmehr erfolgten Vereinigung des Roggenmarktes keinen Wert mehr legt, und zum anderen mit den Bestrebungen, die auf die stärkere Propagierung eines billiger herzustellenden Brotes abzielen. Gedacht ist hierbei nicht etwa an ein Brot, das irgendwelche Ähnlichkeit mit dem sog. „Kriegsbrot“ aufzuweisen hat, sondern an ein Vollkorn- oder Schrotbrot.

Die Zollbeschlüsse des Kabinetts kennzeichnen sich als ein Kompromiß zwischen den Bestrebungen, eine Erhöhung der Lebensmittelpreise zu verhindern, und den Forderungen der Landwirtschaft nach einem Schutz vor ausländischer Konkurrenz. So betrug der Schweinezoll bisher 27 gegen 40 M, der Hafezzoll 12 gegen 16 M, der Erbsenzoll 15 gegen 20 M, der Zoll für Bohnen 4 gegen 8 M, der Linsenzoll 4 gegen künftig 5—8 M. Die Erhöhung der Fleischzölle beträgt im allgemeinen 50—60 Proz. Diese Zölle werden durchschnittlich noch Ende dieser Woche in Kraft treten. Nur die Zölle für Bohnen, Widen und Linen sollen erst 8 Tage nach der Verkündung wirksam werden. Die Heraushebung der Schweinezölle spielt insofern keine allzu große Rolle, als ohnehin ein Überschuss an Schweinen in Deutschland herrscht und eine Einfuhr fremder Tiere nicht stattfindet. Die besonders umstrittene Erhöhung des Butterzolls erfolgte nicht. Es blieb der Gesichtspunkt ausschlaggebend, daß im Interesse der deutschen Handelsbeziehungen eine Verformung der Ränder vermieden werden muß, die wie Dänemark, Holland und Schweden, Hauptimporteure deutscher Industrieerzeugnisse sind. Es wird betont, daß die Tatsache, daß keine Erhöhung des Butterzolls erfolgte, keineswegs auf einen Verzicht auf den Zollrückverzicht, sondern ihre Ursache in einer Verständigung zwischen dem Ernährungsminister und dem Kanzler hat, wonach man die übrigen Zollmaßnahmen nicht durch die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Butterzolls verzögern lassen wollte. Vom Brotgesetz wird nicht viel mehr übrigbleiben, als die Gemischtsbestimmung. Aber eine Aufhebung des Nachtbrotverbotes ist noch nicht entschieden.

Ein Sparerlaß des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister hat an alle Reichsbehörden einen Sparerlaß in dem Sinne gerichtet, daß sie die vom Reichstag bewilligten Ausgaben nur in dem Maß verwenden, wie es unbedingt erforderlich ist. Die Ausgaben, die erst im Laufe des Haushaltsjahres fällig werden, sollen vorläufig zurückgestellt werden.

Die Anweisung des Ministers ist eine Vorbereitung der angekündigten Abfrische, die im gesamten Haushalt des Reiches in Höhe von etwa 300 Millionen notwendig sein werden und über die ja noch nicht im einzelnen beschlossen worden ist.

Der Reichsrat

genehmigte am Donnerstag einen deutsch-tschechischen Vertrag über Grenzwasserläufe und Gebietsaustausch an der preussisch-tschechischen Grenze. Dabei enthielten sich Bayern und Baden der Stimme, weil die Zustimmung Preußens in dem Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist.

Ferner nahm der Reichsrat eine Verordnung an, wonach bei Vorkäufen der Reichsbahn die Vorkaufsumme nur in derselben Höhe wie bei Schuldverschreibungen inländischer Eisenbahngesellschaften erhoben wird.

Die Verwaltungskostenzuschüsse der Reichspost an die Wohn-gemeinden ihrer Arbeiter wurden auf 3 Millionen, wie im Vorjahre, festgelegt. Von den 20 Millionen Reichsmark Verwaltungskostenzuschüssen der Reichsbahn wurden auf Grund höherer Arbeiterzahlen in Württemberg 155 000 und Hamburg 7000 M. mehr zugesprochen als bisher.

Der ermäßigte Steuerzins für Gewinne aus der Veräußerung von zwangsversteuerten Grundstücken wurde auf 4 Jahre verlängert.

Schließlich gab der Reichsrat noch seine Zustimmung zu einer Durchführungsvorordnung für die Aufwertungsfuß-gesetze und für Ausprägung von 300 000 Reichsmark Dreimarkstücke zur Erinnerung an den 300jährigen Gedenktag der Bestätigung der Stadt Magdeburg am 10. Mai.

Um die Stollenabstimmung

Gemeinsamer Standpunkt Italiens und Englands

W.D. London, 1. Mai. (Tel.) Das Foreign Office hat, wie „Times“ schreibt, von der italienischen Regierung eine Mitteilung erhalten, daß die italienische Antwort auf die letzten französischen Stollenabstimmungen denselben Richtlinien folgen werde, wie die britischen Gegenabstimmungen, die am letzten Samstag in Paris überreicht wurden.

Eine ähnliche Mitteilung ist von der italienischen Regierung dem Quai d'Orsay gemacht worden, aber die ausführliche italienische Antwort wird erst in einem oder zwei Tagen in Paris und London übergeben werden. Wegen der Nähe des Termins der französischen Präsidentenwahl gilt es als wahrscheinlich, daß die Entscheidung nicht mehr vor dem Zusammentreffen der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Genf Mitte Mai zur Völkerbundsstagung fallen wird.

Die Präsidentenwahl in Frankreich

Wird Briand kandidieren?

W.D. Paris, 1. Mai. (Tel.) Zu der Frage einer Kandidatur Briands für die Präsidentenwahl schreibt die politisch-literarische Wochenzeitschrift „Gingoire“, daß die Freunde des Außenministers bereits seit einiger Zeit einen sehr starken Druck auf ihn ausübten, um ihn zur Annahme der angeblichen Kandidatur zu bewegen. Sie machen geltend, daß Briands Wahl die Krönung einer langen herrlichen Laufbahn wäre, und daß nichts der Sache des Friedens mehr dienen könnte, als seine Wahl ins Elisee. Briand würde sich als Präsident der Republik genau wie bisher für das Werk und die Arbeiten von Genf interessieren können, ja sogar noch imstande sein, am 15. Mai das Amt des Präsidenten im Völkerbund selbst übernehmen können. Dies ist auch die Meinung des Blattes, welches glaubt, daß die von Briands Freunden geltend gemachten Gründe den Außenminister vor zwei oder drei Tagen bestimmt haben, sich als Kandidat aufstellen zu lassen.

Die Flugpläne des „Do X“

Nach dem Start nach Amerika

W.D. Berlin, 1. Mai. (Tel.) Zu Meldungen über den angeblich bevorstehenden Start des „Do X“ von Las Palmas zum Weiterflug nach Amerika, erfahren wir von der hiesigen Vertretung des Dornier-Metallflugzeugbaues, daß es wünschenswert erscheine, daß das Flugboot vor dem endgültigen Start einige größere Probeflüge absolviert. Bei der hiesigen Vertretung ist bisher lediglich die Meldung der Schiffleitung eingegangen, daß das Flugboot nach Wiederherstellung der Schäden, die es im Februar dieses Jahres in Las Palmas erlitten hat, nunmehr wieder klar ist und in nächster Zeit einen größeren Probeflug ausführen wird. Aber den Termin des Starts selbst sind der hiesigen Vertretung keinerlei Meldungen zugegangen, wie dies ja auch bei der Abhängigkeit von der Wetterlage erklärlich ist. Die von anderer Seite ausgegebenen Startmeldungen können daher von der Berliner Vertretung des Dornier-Metallflugzeugbaues nicht ausdrücklich bestätigt werden.

Explosionstatastrophe in Brasilien

Bei einer Explosion im brasilianischen Marine-Laboratorium von Niteroy sind 200 Angestellte getötet oder verletzt worden. Das Laboratorium sowie ein benachbartes Gebäude sind fast vollständig zerstört. Von den 400 Angestellten dürfte etwa die Hälfte der Katastrophe zum Opfer gefallen sein. Niteroy liegt an der Rio-Bay, direkt gegenüber von Rio-Stadt. Noch ist es nicht möglich, die endgültige Zahl der Getöteten festzustellen. Die fieberhaft arbeitende Rettungsmannschaft hat während der Nacht neue Leichen aus den Trümmern geborgen, die bis zur Unkenntlichkeit verstimmt waren. Die Explosion war so heftig, daß manche Opfer über eine halbe Meile weit fortgeschleudert wurden.

Alene Chronik

Die deutsche Afrikafliegerin Elly Beinhorn traf am Donnerstagabend um 5 Uhr in Berlin-Tempelhof ein, wo sie begeistert begrüßt wurde.

In Landsberg (Ost) wurden bei einer Revision der Stadt Sparkasse Unregelmäßigkeiten festgestellt, die sich der Leiter des Instituts, Direktor Balkenberger, hat zuschulden kommen lassen. Er ist flüchtig. Stadtbüro ist erlassen. Unterzogen wurde ein Betrag von 73 000 M. Ob darüber hinaus noch Fehlbeträge vorhanden sind, wird erst die weitere Revision ergeben. Für die Einleger besteht keinerlei Gefahr.

In Berlin ist es nach monatelangen Ermittlungen, den Vätern zufolge, jetzt gelungen, den Organisator und Führer des Schaufenstersturmes in der Leipziger Straße am 13. Oktober vergangenen Jahres zu ermitteln und festzunehmen. Es ist der 39-jährige Kaufmann Georg Kiehnert, ein Parteifunktionär der KPD. Der Verhaftete stellt jedoch keine Beteiligung an den Schaufensterstürmen in Abrede.

Im Berliner Stadtteil Reinickendorf-Ost wurde heute, Freitag, früh gegen 3 Uhr eine Polizeistreife von etwa fünf bis vier noch unbekanntem Täter beschossen. Hierbei wurde ein Polizeioberwachmeister durch einen Schuß in die linke Brust schwer verletzt. Als mutmaßliche Täter konnten bisher vier Personen festgenommen werden.

Heute, Freitag, vormittag gegen halb 11 Uhr wurde in Berlin ein Geldbriefträger, dessen Name noch nicht ermittelt werden konnte, in dem Hause Götterstraße 10 in Schöneberg ermordet aufgefunden. Der Beamte befand sich auf einem Postgang.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(40. Sitzung)

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer)

D. 3. Karlsruhe, 30. April.

Die Ausweisung des früheren Pfarrers Krenn

Abg. Bod (Komm. P.) begründet die förmliche Anfrage seiner Partei, die sich gegen die Landesverweisung des früheren Pfarrers Anton Krenn richtet, der als Medner des Deutschen Freidenkerverbandes in Lorrach aufzutreten wollte. Er ergeht sich in den heftigsten Ausdrücken gegen das Zentrum, das geschlossen den Saal verläßt.

Ministerialrat Dr. Bard

erklärt im Auftrag des Innenministers:

Der österreichische Staatsangehörige Anton Krenn hat am 8. Januar 1931 in einer Versammlung in Waldshut gesprochen. Die geschäftliche Art der Enderkennung wie auch des Referats hat im ganzen Oberbairischen die größte Erregung hervorgerufen. Von der badischen Polizeibehörde ist ihm daraufhin das weitere Auftreten verboten worden. Da man nicht zugeben konnte, daß durch Krenn die Aufspaltung weltanschaulicher und parteipolitischer Gegensätze ins Volk hineingetragen wird, mußte man ihn vom Lande fernhalten. Daher die Ausweisungsbefugnis, zu deren Aufhebung wir zur Zeit noch nicht in der Lage sind. Es wird einer Nachprüfung unterzogen unter dem Gesichtspunkt, ob Krenn zu kommunalistischen Zwecken mißbraucht wurde.

Abg. Dr. Höhr (Zentr.) erhält wegen des Zurufes während der Rede des Abg. Bod „Unverschämter Kerl!“ nachträglich einen Ordnungsruf.

In der Aussprache erklärte sich Abg. Hüder (Sozdem.) mit der Regierungsbefugnis einverstanden.

Abg. Berggöb (Ev. Vd.) verurteilt die Gottlosenpropaganda.

Abg. Dr. Höhr (Zentr.) kam auf die Persönlichkeit Krenns zu sprechen, der kein Recht habe, katholische Kirche und Geistlichkeit zu schmähen. Er freut sich, daß der Minister zugegriffen hat, und er hofft, eine ähnlich feste Front im ganzen Reich.

Abg. Dr. Brähler (Dntl.) ist der Auffassung, daß die Regierung richtig gehandelt hat. Es liege eine Fülle von Material vor, was auf dem Gebiete der Gottlosenpropaganda in Kreisen gesehen sei. Bisher habe man nicht gehört, daß Kreise eine ähnlich starke Haltung eingenommen hätte, wie die badische Regierung. Solche Demonstrationen müssen aus Deutschland draußen bleiben. Noch immer haben wir den deutschen Staat auf christlicher Grundlage.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) würde eine Aufhebung des Ausweisungsbefehles bedauern.

Mit dem Schlusswort des Abg. Bod (Komm.), während dessen das Zentrum wiederum aus dem Saale geht, wird der Gegenstand verlassen.

Das Haus wendet sich dann der zweiten Lesung der Regierungsvorlage, betr.

Änderung des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen

Abg. Deusel (Zentr.) berichtet über die letzten Verhandlungen im Reichspflegerausschuss, die sich mit den Anträgen der demokratisch-liberalen Arbeitsgemeinschaft befaßten. Es ist ein Kompromiß zustande gekommen, und der Ausschuss stellt folgenden Antrag:

I. Dem Gesetzentwurf in der Fassung der ersten Beratung des Landtags wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Art. 1 Ziff. 4 des Gesetzentwurfs erhält folgende Fassung:

„In § 115 Absatz 1 wird nach dem ersten Satz als zweiter Satz eingefügt:

„In den Städten und den großen Gemeinden (§ 8 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921) ist der Bürgermeister zur Entscheidung derartiger vermögensrechtlicher Ansprüche bis zu 100 Reichsmark zuständig.“

2. Als Ziff. 4 a wird in Art. 1 eingefügt:

§ 115 a erhält folgende vierte Fassung:

„Klagen in eigenen Sachen der Gemeinden sind von der Zuständigkeit des Bürgermeisters ausgeschlossen.“

3. Art. V erhält folgende Fassung:

„Artikel V.

Dieses Gesetz tritt eine Woche nach der Verkündung in Kraft.

Artikel I Ziffer 1 findet auf die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Strafverfahren Anwendung, wenn die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist.

Für die Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von über 60—100 Reichsmark, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits beim Amtsgericht anhängig sind, tritt eine Änderung in der Zuständigkeit nicht ein.

Für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Polizeistrafverfahren gelten die bisherigen Bestimmungen.

II. Das Gesetz wird im Sinne des § 23 der Verfassung als dringend erklärt.

An der Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Wolfhard (Dem.), Eggler (Zentr.), Gilbert (Bauernp.) und Dr. Baumgartner (Zentr.), worauf das Gesetz in der abgeänderten Form mit 60 gegen 5 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen wurde.

Nächste Sitzung unbestimmt. — Schluß gegen halb 2 Uhr.

Tagung der Katholischen Kirchensteuervertretung

Zu dreistündiger, sehr anregender Beratung erledigte am Donnerstag vormittag das katholische Kirchensteuerparlament in Freiburg den Voranschlag für die allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse im badischen Teil der Erzdiözese Freiburg für die Rechnungsjahre 1931 und 1932. Das Präsidium führte Rechtsanwalt Dr. Kopf, Freiburg. Der Vertreter der Regierung, Ministerialdirektor Dr. Huber, hob in seiner Ansprache die guten Beziehungen hervor, die seit der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Baden zwischen der katholischen Kirchenbehörde und dem Kultusministerium bestehen. Das Weiterbestehen dieses guten Verhältnisses werde für Kirche und Staat zum Segen sein.

Der Beauftragte des Erzbischofs, Generalvikar Dr. Sester, gab einen Überblick über den Voranschlag, stellte fest, daß sich die Kürzung der staatlichen Dotation sehr verhängnisvoll auswirke. Im vorliegenden Voranschlag sei ein ungedeckter Aufwand von rund 500 000 RM. zu verzeichnen. Es sei aber zu hoffen, daß er durch Mehreinnahmen gedeckt werden könne. Jedenfalls erfordere die gespannte kirchliche Finanzlage die größte Sparsamkeit. Mit anderen Diözesen in Deutschland verglichen, stehe Freiburg bezüglich der Höhe der Steuer an höchster Stelle.

An Gesamteinnahmen verzeichnet der Voranschlag 5 389 206 RM., gegen 5 740 000 RM. im letzten Jahr. Die Ausgaben betragen 5 892 800 RM., gegen 6 199 100 RM. Es verbleibt

somit ein ungedeckter Rest von 503 594 RM., gegen 459 100 RM. im Vorjahr. Der staatliche Zuschuß beläuft sich auf 841 206 RM., gegen 1 050 000 RM. im letzten Voranschlag. Die Steuereinnahmen werden auf 3 650 000 RM. veranschlagt.

Der Voranschlag fand die einstimmige Genehmigung der Versammlung mit der Bestimmung, daß der Kirchensteuerzuschlag 10 Prozent der jeweiligen Ursteuer betragen soll. Genehmigt wurde ferner der Aufwand zur Bestreitung der Bezüge für die Geistlichen sowie die Erhöhung des Aufwandes für die Erzdiözesanlichen Bauämter von 87 000 auf 100 000 Reichsmark. In dem Betrag für Zweckausgaben (210 000 RM.) ist auch der Aufwand für die Erweiterung der Schmaljahn-Konvikte in Rastatt und in Lauderbachsheim enthalten. Diese Bauten wurden als sehr dringend bezeichnet. Nach ihrer Fertigstellung soll an den Neubau eines St. Konradhauses in Konstanz herangetraten werden.

Ministerialrat Dr. Hirsch 60 Jahre alt

Der Baureferent des badischen Finanzministeriums und Konseruator der badischen Kunst- und Baudenkmäler, Ministerialrat Prof. Dr. Fritz Hirsch, vollendete dieser Tage das 60. Lebensjahr. Ministerialrat Dr. Hirsch ist bekanntlich Ehrenbürger der Städte Bruchsal und Schwetzingen, die ihm beide in Anerkennung der Schloßrenovationen den Ehrenbürgerbrief verliehen haben.

Die Landesfeuerwehrunderstützungskasse

gibt soeben ihren Bericht für das Jahr 1930 heraus. Nach Neuwahl der Mitglieder des Verwaltungsrats der Landesfeuerwehrunderstützungskasse setzt sich der Verwaltungsrat für die Jahre 1931, 1932 und 1933 wie folgt zusammen: Vorsitzender: Ministerialrat Dr. Jung und Oberregierungsrat Engler. Vertreter der Gebäudeversicherungsanstalt sind: Oberrechnungsrat Stadelhader in Karlsruhe, Architekt Blatner in Konstanz, Bürgermeister Schneider in Gaggenau, Vertreter der Privatversicherungsunternehmen: Direktor Stützgerber in Stuttgart, Bezirksdirektor Dr. Bod in Karlsruhe, Generalagent Kamke in Karlsruhe, Bezirksdirektor Dilling in Mannheim, Bezirksdirektor Keul in Karlsruhe, Mitglieder des Ausschusses des Landesfeuerwehrverbands: Branddirektor Heberle, Präsident des Badischen Landesfeuerwehrverbands in Heidelberg, Feuerwehrkommandant Weibel in Singen a. S., Feuerwehrkommandant Kommerzienrat Horn in Bahraun, Feuerwehrkommandant Fabrik Kramer in Lahr; Ersatzmänner: Bürgermeister Kaiser in Wehra, Bürgermeister Seebler in Hardheim, Abteilungsleiter Schmittler in Karlsruhe, Bezirksdirektor von Waltershausen in Karlsruhe, Bezirksdirektor Kille in Karlsruhe, Abteilungsleiter Weber in Mannheim, Bezirksdirektor Biegler in Mannheim, ferner die Feuerwehrkommandanten Gaby in Berthelm, Scholl in Freiburg i. Br., Meyer in Rheinfelden, Peter in Bühl und Wehrle in Furtwangen.

Im laufenden Geschäftsjahr hat die Gebäudeversicherungsanstalt im Benehmen mit der Landesfeuerwehrunderstützungskasse eine Sammelbestellung von 42 trag- und fahrbaren Kleinmotorpumpen mit 400 und 600 Lit. Minuten-Leistung in die Wege geleitet.

Nach dem Stand vom 1. Januar 1931 befinden sich in Baden: 54 Kraftfahrpumpen, 10 Kraftfahrpumpen, 17 vierrädrige Motorpumpen, 80 Lauffahrmotorpumpen, 80 tragbare Motorpumpen, zusammen 241 motorische Feuerlöschgeräte.

Die Landesfeuerwehrunderstützungskasse hat mit dem Bad. Nevisionsverein in Mannheim wegen Überwachung der motorischen Feuerlöschgeräte einen Vertrag abgeschlossen, wonach die in Baden aufgestellten tragbaren Kleinmotorpumpen, Lauffahrmotorpumpen, vierrädrige Motorpumpen sowie Kraftfahrpumpen alljährlich einmal durch einen sachverständigen Ingenieur des Bad. Nevisionsvereins einer eingehenden Untersuchung auf Kosten der Landesfeuerwehrunderstützungskasse unterworfen werden. Auch im Jahr 1930 hat die Gebäudeversicherungsanstalt zur Entlastung der Landesfeuerwehrunderstützungskasse die Kosten zur Abhaltung von Feuerwehrführerkursen übernommen und die erforderlichen Mittel dem Landesfeuerwehrverband in Heidelberg zur Verfügung gestellt. In fünfjährigen Kursen wurden 97 Feuerwehrführer bei der Stadt, Berufsfeuerwehr Karlsruhe ausgebildet. Für diejenigen Feuerwehrmänner, denen die Bedienung, Wartung, Instandhaltung der durch die Sammelbestellung beschafften Kleinmotorpumpen übertragen ist, wurden drei je zweitägige Nachmittagskurse abgehalten.

Für das Jahr 1930 betragen die Ausgaben 437 357,56 RM., die Einnahmen 402 494,47 RM. Es sind somit Mehrausgaben von 34 863,09 RM. zu verzeichnen.

Tagungen

Der Landesverband der Badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe e. S., Baden-Baden, hält seine 30. Hauptversammlung in Furtwangen ab, an der auch Vertreter der Behörden teilnehmen. Der Vorsitzende, Gabeler (Heidelberg), erstattete den Tätigkeitsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Wirtschaftslage starke Umschwünge bedingt habe. Als eine Folge davon wurden zahlreiche Unternehmungen zu geringen Prozentfüßen des Wertes zum Verkauf angeboten, wobei dann als Käufer Krankenhäuser und Berufsverbände auftraten. Die so in Erholungsheimen umgewandelten Hotels haben gegenüber den privaten Unternehmungen durch die nicht gerechtfertigte Firmierung als gemeinnützige Unternehmen erhebliche steuerliche Vorteile. Der Verband versucht alles, um die Lage zu erleichtern, durch Organisation der Selbstkosten, Gewinnung des innerbetrieblichen Verkehrs, Verbesserung der Arbeitszeitregelung u. a. Auch die Presse könne etwas zur Verbesserung des Hotelgewerbes beitragen, wenn sie nicht gerade jetzt Aufreize zum Besuch der Riviera und des übrigen Auslands verbreite. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Frage gehe auch aus der passiven Bilanz des deutschen Hotelgewerbes hervor, gerechnet an den Ausgaben der Deutschen im Auslande.

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, hält am Dienstag, den 12. Mai d. J., vormittags 11 Uhr, in Karlsruhe, im Hotel Germania ihre ordentliche Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des geschäftsführenden Direktors der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, über das Zinsproblem. Für den Nachmittag ist eine Besichtigung des Gutes und der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg vorgesehen.

Der Landesverein Badische Heimat wird seine nächste Haupttagung in Kehl a. Rh. abhalten und im Zusammenhang damit das Jahreshft „Badische Heimat“ ausschließlich einstellen auf „Kehl und das Sauerland“. Die Vorbereitungen sind bereits befehlens im Gang, der genaue Termin der Tagung wird noch bekanntgegeben.

Gemeinderendebatten

Der Bürgerausschuß Laubersbichsheim hat den Voranschlag für das Jahr 1931/32 verabschiedet. Er sieht an Einnahmen und Ausgaben 390 808 RM. vor. Der ungedeckte Aufwand beläuft sich auf 84 461 RM. (gegenüber 107 343); er konnte somit um rund 13 000 RM. herabgedrückt werden. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, die bindendes Gesetz ist, mußte für die Stadtgemeinde die bereits eingeführte Bier- und Bürgersteuer nach den Bestimmungen der Dezember-Notverordnung mit dem Voranschlag verknüpft werden. Das Erträgnis aus der Biersteuer ist im Voranschlag mit 5000; und das aus der Bürgersteuer mit 7000 RM. eingestellt. Der Gemeindevoranschlag fand eine starke Mehrheit. Mit Ja stimmten 40, mit Nein sieben Mitglieder; acht Mitglieder enthielten sich der Stimme. Der Umlagefuß erfährt für das Jahr 1931/32 eine merkliche Senkung und beträgt für das Liegenschaftsvermögen 90 Pf. (bisher 1 RM.), für das Betriebsvermögen 34 Pf. (bisher 50), für den Gewerbeertrag 6,45 (bisher 7,50 RM.).

Die Klage und der Kreis Heidelberg. Schon vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die Klage wegen Mangels an Betriebskapital in neue Schwierigkeiten mit den Nebenbahnen des Kreises Heidelberg, Wiesloch—Medesheim—Waldangelloch und Laubersbichsheim—Hüffenhardt, geraten sei. Da die Zuschüsse des Kreises Heidelberg und der anliegenden Gemeinden infolge dieser gespannten Finanzlage von der Verwaltung nicht vorzulegen werden können, namentlich weil die Wintermonate erfahrungsgemäß eine starke Unterbilanz verursachen, fordert die Klage nun in kürzester Frist einen Voranschlag von dem Kreis Heidelberg für das auf 16 000 RM. berechnete Defizit der ersten drei Monate, um die Gehaltszahlungen an die Angestellten leisten zu können. Im Jahre 1930 dürfte der Zuschuß der Nebenbahnen im Heidelberger Kreisgebiet insgesamt 57 000 RM. betragen.

Der Bürgerausschuß Kehl hatte sich u. a. mit der endgültigen Abrechnung der Oberrealschul- und Krankenhausweiterbauarbeiten und mit der Bewilligung eines Nachtragskredits für die bei diesen beiden Bauten erfolgte Überschreitung des Voranschlags zu befassen. Zu diesen Bauten hatte der Bürgerausschuß auf Grund der Voranschläge und verschiedener Nachträge einen Betrag von rund 450 000 RM. bewilligt. Die endgültige Abrechnung ergab jedoch einen Verbrauch von rund 563 000 RM., so daß eine Überschreitung von 113 000 RM. vorlag, die der Bürgerausschuß mit 41 gegen 20 Stimmen ablehnte. Die Parteien der Rechtsmehrheit — Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Birsch, Arbeitsgemeinschaft — und auch die Kommunisten lehnten die Vorlage rundweg ab, während Sozialdemokraten, Staatspartei und Zentrum für die Bewilligung eintraten. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß die Verwaltung nochmals verjuche, irgend einen Ausweg zu finden, daß weiter einstweilen alle öffentlichen Arbeiten eingestellt werden müßten, da die Stadt kein Geld zur Durchführung mehr habe. Weiter lehnte der Bürgerausschuß die Verlängerung eines Darlehens von 150 000 Reichsmark bei der Bad. Kommunalen Landesbank bis 1. April 1935 ab, da der geforderte Zinsfuß von dem Bürgerausschuß als Wucher bezeichnet wurde. Genehmigt wurde die Festsetzung des Baufredits für den Kleinwohnungsbaue in Höhe von 486 000 Reichsmark. Sehr scharfe Kritik wurde an der Tätigkeit des Kingigbauamtes geübt, die nur ganz wenige Kehler Erwerbslose bei den Arbeiten zur Kingigverlegung eingestellt habe und die großen Erdarbeiten statt durch Arbeiter durch große Wagger ausführen lasse. Gefordert wurde in dieser Beziehung die Mitziehung der von der Stadt zu diesen Arbeiten feinerzeit bewilligten 800 000 RM.

Teure Suche nach Wasser. Die Gemeinde Gundelfingen (Weisgau) ist seit Jahr und Tag auf der Suche nach Wasserquellen, da die bisherige Wasserleitung nicht mehr ausreicht. Zwei Wünschelrutengänger glaubten in gewissen Stellen im Walde oberhalb des Dorfes, das Vorhandensein von reichhaltigen unterirdischen Wasseradern feststellen zu können. Auf ihre Angaben hin wurde wochenlang nach Wasser gebohrt. Aber die so gut wie ergebnislose Wasserjagd hat der Gemeinde das runde Stümchen von 20 000 RM. gekostet. Ein dritter Wünschelrutengänger hat nun mit aller Entschiedenheit einen Punkt in der Ebene zwischen Gundelfingen und Birstetten bezeichnet. Ein Honorar will er sich erst ausbezahlen lassen, wenn feststeht, daß seine Behauptungen auf Tatsachen beruhen.

Bürger- und Biersteuer in Gütenbach. Nachdem der Bürgerausschuß Gütenbach bereits schon einmal sich mit der Einführung der Bürger- und Biersteuer befaßt und diese abgelehnt hatte, hat er nunmehr beide Steuern mit 29 gegen 7 Stimmen beschlossen.

Der Bürgerausschuß Willingen hat den Voranschlag 1931 mit 45 gegen 29 Stimmen angenommen. Dafür stimmten das Zentrum, die Wirtschaftspartei, der Evang. Volksdienst und ein Teil der Demokraten; dagegen Sozialdemokraten und Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei und Demokraten, weil ihre Änderungsanträge zur Bier- und Bürgersteuer keine Annahme fanden, ferner Nationalsozialisten und Kommunisten. Mit dem neuen Voranschlag wird die verdoppelte Bier- und Bürgersteuer sowie die 5prozentige Getränkesteuer eingeführt. Die Umlagen betragen nach der Senkung um 4 bzw. 8 Proz. beim Grundvermögen 108 Pf., beim Betriebsvermögen 32 Pf., beim Gewerbeertrag 642 Pf. Das verbleibende Defizit von 123 550 RM. wurde durch Substanz-eingriffe gedeckt. Der Voranschlag balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 274 659 RM. Willingen hat allein an Zinsen und Tilgung 500 000 RM. zu zahlen, ferner nahezu 400 000 RM. für den Kauf von Grundbesitz, etwa 400 000 RM. Beamtengehälter. Das Ergebnis der Umlagen stellt sich ebenfalls auf etwa 400 000 RM. Während für den Wald in früheren Jahren durchschnittlich 220—250 000 RM. eingestellt werden konnten, sind es dieses Jahr nur 75 000 RM.

Handel und Wirtschaft

Von den Börsen

In der Berichtswache, deren Ende mit dem Aprilultimo zusammenfällt, ist eine grundsätzliche Änderung im Börsenbild gegenüber der Vorwoche kaum zu verzeichnen. Die Gesamtlage ist nach wie vor unübersichtlich und es läßt sich nicht übersehen, wie die Entwicklung nach Ultimo sich gestalten wird. Es war in der Berichtswache starke Abgabeneigung vorhanden. Inwiefern die Banken intervenierten, um ein zu starkes Absinken des Kursniveaus zu verhindern, läßt sich kaum beantworten. Von einer geregelten Stützungsaktion konnte naturgemäß kaum die Rede sein.

Auf amerikanischen Abgaben hin neigten der Banken- und Schiffahrtsmarkt zur Schwäche. Auch am Anstiebsmarkt waren Abgaben zu bemerken, doch soll es sich hier nicht um holländische Abgaben handeln, vielmehr soll ein größeres Engagement aufgelöst werden. Unter dem Einfluß der schwächeren Auslandsbörsen konnten festere Stimmungen nicht Platz greifen. Auch am Rentenmarkt gab die Kurse nach. Anleihen bröckelten ab, Ausländer konnten sich einigermaßen halten, während Industrieobligationen rückgängig waren.

Wibund zur täglichen Halspflege

2133

Gazinger-Union-Werke AG. in Mannheim. Der Aufsichtsrat beschloß, der für den 8. Juni 1931 einberufenen Generalversammlung aus dem nach 225 931 RM (267 094 RM) ordentlichen und 100 000 RM Sonderabschreibungen verbleibenden Reingewinn von 456 949 RM (598 018 RM) die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (8 Proz.) vorzuschlagen. Angesichts ihrer starken Liquidität habe die Gesellschaft ihren bisherigen Bestand von 200 000 RM eigenen Aktien nach und nach auf 1 Mill. Reichsmark zu erhöhen Gelegenheit genommen. Die Gesellschaft schlägt der Generalversammlung vor, durch Einziehung dieser eigenen Aktien zur Herabsetzung des Grundkapitals von 6,2 auf 5,2 Mill. Reichsmark zu verwenden. Der sich daraus ergebende Buchgewinn von über 800 000 RM soll zur Stärkung der Reserven benutzt werden.

Die Handelskammern Mannheim und Heidelberg. Zu der Mitteilung, daß in der letzten Wahlberechtigtenversammlung der Handelskammer Heidelberg die Behauptung aufgestellt worden ist, es beständen in Mannheim Pläne wegen Zusammenlegung der Handelskammern Mannheim und Heidelberg, wird erklärt, daß diese Behauptung unrichtig sei, wie von der Handelskammer Mannheim wiederholt auch in Präsidialsitungen des Badischen Industrie- und Handelstages offiziell erklärt worden ist.

Währiges Bestehen der Handwerkskammer Freiburg. Die Handwerkskammer Freiburg feierte am Donnerstag ihr 80-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand am Vormittag im Rathausaal ein kleiner Festakt statt. An der Feier nahmen teil als Vertreter des Landesgewerbeamts Oberregierungsrat Bucerius (Karlsruhe), ferner Landeskommissar Schwörer als Vertreter der badischen Regierung, sowie Vertreter der Stadt und der Handelskammer Freiburg.

Aus der Landeshauptstadt

Der Karlsruher „Volkstribüne“ gibt zu seinem 50-jährigen Jubiläum eine umfangreiche Festausgabe heraus, in der den zahlreichen Gratulanten für ihre Glückwünsche herzlich gedankt wird, desgleichen den Mitwirkenden an der Festveranstaltung, über die wir berichtet haben. Die Nummer enthält u. a. auch ein Glückwunschschriftchen, das Hermann Müller noch auf dem Krankenlager, das ihm zum Sterbelager werden sollte, abfasste. Eine Reihe interessanter Artikel behandeln die Geschichte des „Volkstribüne“ und die Arbeit in der Partei und den Gewerkschaften. Auch wir sprechen an dieser Stelle der Redaktion und dem Verlag unsere besten Glückwünsche aus.

Der heutige 1. Mai, der ein herrliches Frühlingwetter brachte, wurde in der badischen Landeshauptstadt durch die Arbeiterschaft mit teilweiser Arbeitsruhe begangen. Vormittags durchzogen die sozialdemokratischen und freigezwirtschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Umzug die Stadt, in dem sich auch einige Musikkapellen befanden, und in dem zahlreiche rote Fahnen und Transparente mit den Forderungen der 40-Stunden-Woche und der Völkerverbrüderung mitgeführt wurden. Als der Zug an der Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Kaiserstraße vorbeizog, wurden von den Teilnehmern ironische Heulrufe ausgebracht. Um die Mittagszeit versammelten sich die Kommunisten zu einem gleichfalls starken Demonstrationzug,

der ebenfalls den Weg durch die Hauptstraßen der Stadt nahm, wobei es zu ähnlichen Kundgebungen wie bei dem ersten Zug an der Geschäftsstelle der Nationalsozialisten kam. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In der Gegend der nationalsozialistischen Geschäftsstelle war ein stärkeres Polizeiaufgebot zu bemerken. Nach Beendigung der Umzüge veranstalteten die Sozialdemokraten auf dem Platz vor der Festhalle und die Kommunisten auf dem Platz vor dem alten Bahnhof Kundgebungen. Bei den Sozialdemokraten sprach Bezirkssekretär Weimann aus Stuttgart, bei den Kommunisten der Reichstagsabgeordnete Hörntle. Auch diese Veranstaltungen verliefen ohne Störung.

Englischer Besuch in Karlsruhe. Im Rahmen der deutschen Fremdenwerbung im Ausland veranstaltete der Nord-Süd-Ausschuß (Sitz Köln), dem u. a. auch Karlsruhe mit anderen Rheinstädten, prominenten süddeutschen und schweizerischen Fremdenstädten angeschlossen ist, von Zeit zu Zeit sog. „Expeditorenreisen“ für leitende Auskunftsbeamte ausländischer Reisebüros. Sie bieten den eigentlichen Vermittlern und Vertretern für Auslandsreisen nach Deutschland (speziell an den deutschen Rhein) das Material lebendig dar, indem man sie persönlich in die Reisegebiete führt. Gegenwärtig befinden sich etwa 50 Vertreter führender englischer Reisebüros unterwegs. Sie besuchten rheinwärts, über Heidelberg kommend, vom 26. bis 28. April, auch Karlsruhe mit einer Gruppe von 17 Herren, die am Sonntagabend hier eintrafen, von der Stadt, dem Verkehrsverein und der hiesigen Hoteliervereinigung empfangen wurden, um tags darauf unter kundiger Führung die badische Landeshauptstadt eingehend zu besichtigen und kennenzulernen. Man besuchte u. a. auch die Badische Kunstgalerie, das Hans-Thoma-Museum, das Karlsruher Industrieviertel, den Flugplatz, den Durlacher Turmberg, den Rheinhafen, mit anschließender Fahrt auf dem Rhein nach Rappentwörth. Die moderne Anlage fand die besondere Beachtung der Gäste, die betonten, daß an der ganzen englischen Küste kein ähnliches Strandbad zu finden sei. Am Dienstag führte man die Reisetilnehmer auf einem Ausflug mit dem Fernkraftomnibus der Reichspost ins Albial über Ettlingen, Derrnals und von hier weiter ins Murgtal nach Gernsbach und nach Baden-Baden.

Das Restaurant „Eintracht“, das einen neuen Wirt in der Person des Herrn Bernshneider, des langjährigen Geschäftsführers der Bahnhofsverwaltung, erhalten hat, nimmt in Karlsruhe und seiner weiteren Umgebung eine Sonderstellung unter den Lokalen ein, denn mit dem Namen der Wirtschaft verbindet sich unwillkürlich der Gedanke an die Gesellschaft „Eintracht“, die ja auch Eigentümer des Anwesens ist. Das Anwesen hat seine eigene Geschichte, die über zwei Jahrhunderte zurückreicht, zu jener Zeit, als Wilhelm Friedrich Schilling von Canstatt der erste urkundlich nachweisbare Erwerber des Grundstücks und Anwesens wurde. 1828, hundert Jahre später, gelangte das Haus an den „Bürger und Cafetier“ Ludwig Frey und wurde als Wirtschaft eingeregnet. Auch das ehemals nebenanliegende Weinbrennerische Gebäude gehörte im 18. Jahrhundert denen von Schilling, ging anfangs des 19. Jahrhunderts an den Oberbaudirektor Weinbrenner und später an dessen Schwiegersohn, den Ministerialrat Walz, über, in dessen Besitz das Haus war, als die Gesellschaft „Eintracht“ das Anwesen erwarb. Dem jetzigen Pächter geht ein guter Ruf voraus, den er sich auch in städt. Katskeller in Stuttgart,

im Kaiserhof in Stuttgart, im Schloßhotel in Heidelberg, dann bis 1914 in der Hauptbahnhofsverwaltung in Stuttgart erworben hat. Am 2. Mai wird die Eröffnungsfestung stattfinden.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitag morgen: Das über dem Festland liegende flache Zwischenhoch hat uns durchgreifende Aufhellung gebracht. Sein Einfluß wird zunächst anhalten, doch ist der Bestand der Besserung noch nicht gesichert, da eine neue Störung vom Nordmeer heranzieht. — **Vorausgabe:** Noch vorwiegend heiter und trocken, nachts stellenweise leichter Frost, am Tage warm bei schwacher Luftbewegung.

Wasserstände: Waldshut 300 minus 21, Basel 124 minus 17, Schutterinsel 183 minus 27, Rehl 338 unverändert, Nagau 543 plus 21, Mannheim 468 plus 48, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Badstadt, 1. Mai. Eine sehr bewegte Generalversammlung hielt der hiesige Vorkaufverein e.G.m.b.H. ab. Ihm wohnten an als Vertreter des Verbandes der Unterbadischen Kreditgenossenschaften der Verbandspräsident und ein Revisionsbeamter. Der Revisionsbericht ergab Beanstandungen. Zwei Aufsichtsratsmitglieder legten ihre Ämter nieder.

W.B. Baden-Baden, 30. April. Im Badjanatorium Büchelhöhe bei Baden-Baden ist Graf Adolf v. Arnim-Mustau nach längerem Leiden, 66 Jahre alt, verstorben. Er unterhielt seit langen Jahren einen bedeutenden Rennstall und in Mustau eines der größten Vollblutgestütze Deutschlands. Er war ferner Präsident des Unionklubs sowie des Automobilklubs von Deutschland.

Hd. Galtlingen bei Böttingen, 30. April. Der Turnverein 1884 in Galtlingen konnte in diesen Tagen mit einer besonderen Feier seine neue Turnhalle einweihen. Sie ist ganz aus freiwilliger Arbeit heraus entstanden. Für die Halle, die einen Wert von zirka 25 000 RM. aufweist, wurden zirka 7000 RM. für Materialien aufgewendet. Alle Arbeiten, wie Maurer-, Zimmer-, Schreiner-, Glaser- usw. Arbeiten, wurden freiwillig und unentgeltlich von den Mitgliedern ausgeführt.

D3. Neustadt i. Schw., 30. April. Bei den am letzten Sonntag in Effen stattgefundenen deutschen Kunstturnermeisterschaften wurde Defert, Neustadt (Schwarzwaldb.), 15. Sieger mit 164 Punkten. Der junge Turner ist der einzige des ganzen badischen Landes, der sich überhaupt platzieren konnte. Seine Mannheimer und Forzheimer Konkurrenten konnte ihm diesmal nicht gefährlich werden.

D3. Immendingen, 30. April. Die Arbeiten zum Bahnbau der als Beseitigung der Immendinger Spigenlehre projektierten Abföhrungslinie Galtlingen-Zuttlingen sind jetzt in vollem Gang. Gegenwärtig wird das zur Errichtung eines 178 Meter langen und in einer Höhe von 22 Metern die Talsohle überspannenden Viadukts erforderliche Transportgerüst gebaut. Die zur Zeit 64 Mann zählende Belegschaft wird im Laufe des Jahres auf die doppelte Zahl erhöht werden, da die Brücke noch in diesem Jahre fertiggestellt sein muß. Einer Umachung zufolge, hat das Luttlinger Arbeitsamt die freien Arbeitsstellen zwischen Badener und Württemberger im Verhältnis von 1/2 zu 1/2 zu vergeben.

Von
TETZ
KARLSRUHE
gekleidet sein,

Weil die guten Qualitäten
Weil die niedrigen Preise
Weil die große Auswahl
Leistungen verbürgen!

heißt . . .
billig und gut
gekleidet sein!

Die Firma Bau- und Holzindustrie G. m. b. H. in Karlsruhe, wurde am 31. Januar 1930 aufgelöst. Gläubiger wollen sich beim Liquidator Hermann Voß, Karlsruhe, Güntherstr. 14 melden. R.428

Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 10. Juni 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 29. April 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

10 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer in Freiburg i. Br., Thurnseestraße 16, einzureichen. Die Ausschreibungsunterlagen können vom Bauamt, sowie von den Wasserbauinspektoren in Neuenburg, Breisach und Weisweil bezogen werden. Zuschlagsfrist bis 22. Juni 1931. R.433

Badisches Landestheater
Samstag, 2. Mai 1931
*A 22. Th.-Gen. 901-1000 und 1201-1250

Spar- u. Waisenkasse Oberwittstadt

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Soll		Haben	
	RM		RM
1. Kassenbestand	7 914,39	1. Spareinlagen	650 719,29
2. Guthaben bei Postsparkassamt und Girozentrale	91 389,68	2. Aufwertungsreserve	309 560,11
3. Wertpapiere	34 600,—	3. Giroeinlagen	10 739,55
4. Wechselanforderungen	7 585,05	4. Reichsbankkredit	6 600,—
5. Schuldscheindarlehen	158 574,—	5. Reservefonds	—
6. Hypothekendarlehen	174 581,20	Stand am	—
7. Grundstückskaufgelder	177 696,52	31. Dez. 1929	41 578,13
8. Kontokorrentdarlehen	28 771,82	Hierzu Reingewinn 1930	15 472,89
9. Gemeindepfandbriefe	40 456,15		57 051,02
10. Einlage beim Spargitarverband	14 900,—		
11. Einnahmeverbindlichkeiten	18 370,—		
12. Aufwertungsforderungen	107 089,24		
13. Aufw.-Abrechnungsfondo	171 761,85		
14. Inventar	1 000,—		
	1 034 069,90		1 034 069,90

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 661 458,77 RM = 52 916,72 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 57 051,02 RM
Somit mehr = 4 134,30 RM

Oberwittstadt, den 27. April 1931. R.429
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Heimberger. J. S. Schwab.

N. 689. Karlsruhe. Über das Vermögen der Theodor Reuter Ehefrau, Witwe geb. Leonhardt hier, Kaiserstr. 61, wurde heute vorm. 9 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Horchler hier, Yorkstr. 43. Konkursforderungen sind bis 10. Juni 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 29. Mai 1931, vormittags 11 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 19. Juni 1931, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 3, Stod. Zimmer Nr. 253. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der

Oberfisch, R.431
Güterrechtsregister.
Karl Haas, Wirt und Gäbler und Hofa geb. Braun in Ruchbach. Ehevertrag vom 22. April 1931: Gütertrennung.
Oberfisch, 28. April 1931. Amtsgericht.

Die Bauabteilung einzig in Rehl vergibt in öffentlicher Verdingung die Beförderung und Aufstellung des eisernen Überbaues der neuen Nebenbahnunterführung bei Rehl mit 18 t Gesamtgewicht. Angebotsvordrucke sind von der genannten Dienststelle zu beziehen, wo auch die Planunterlagen eingesehen werden können. Eröffnungstermin 9. Mai 1931, vormittags 10 15 Uhr, bei der Bauabteilung einzig in Rehl, Reihbildstraße 4. Zuschlagsfrist bis 23. Mai 1931. R.430

Der Hauptmann von Røpstad
Ein deutsches Märchen von Rudmayer
Regie: Dr. Waag
Rittwiltende:
Ermarth, Genter, Jant, Rademacher, Seiling, Guse, Hebeisen, Müllich, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Gröbinger, Herz, Vier, Höder, Hopsach, Just, O. Rienscher, G. Rienscher, Kloebe, Kuhne, Ruther, Meher, Müller, Krüter, Schulze, v. d. Trend, Urras, Eich, Grimm, Hölzer, Allan, Kleinbus, Lindemann, Luger, Meher, Nagel, Reibinger, Rönigius, Seibert, Edmitt, G. Müller, Rincker
Anfang 20 Ende 23
Preise A (0,70-5 RM)

Steinlieferung für die Rheinregulierung
Hd. Rheinbauamt Freiburg vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung von 46 900 cbm Rheinbausteinen (unbearbeitete Bruchsteine aus Hart- und Weichgestein) auf die Lagerplätze am Rhein bei Gröbheim, Hartheim, Karpfenhof und Dreisach. Angebote franco nächster Bahnstation finden keine Berücksichtigung. Angebote, auch auf Teilmengen nicht unter 500 cbm, sind mit der Aufschrift „Steinlieferung“ bis spätestens Dienstag, den 26. Mai 1931,

Wir werben für Sie!

So. 3. 5. Viktoria und ihr Husar. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Druck G. Braun, Karlsruhe.